

## Die Flut in Pakistan und ihre "nützlichen Opfer"

Pakistan hat die schlimmsten Überflutungen seit Menschengedenken erlebt. Die geopolitischen Interessen blieben in diesem Kontext kaum verborgen und haben nicht nur das Ob der staatlichen westlichen Hilfe geprägt sondern auch das Wie - also die Art der Unterstützung für die Opfer. Die verheerende Folge könnte die noch weitere Einschränkung der Möglichkeiten humanitärer Helfer bei der Unterstützung der Menschen in den instabilsten Regionen Pakistans sein.

Ich bin gerade erst aus Pakistan zurückgekehrt. Ich habe dort Flutgebiete besucht und mit Mitarbeitern von Ärzte ohne Grenzen über den Hilfseinsatz und seine Konsequenzen für die humanitäre Hilfe im Land diskutiert. Während die ersten Hilfsaktivitäten nach der Flut von den betroffenen Gemeinden selbst kamen, unterstützt Ärzte ohne Grenzen die Menschen inzwischen mit 1.200 pakistanischen und 135 internationalen Mitarbeitern an 15 Standorten im ganzen Land.

Leider hat, wie ich bei meinem Besuch erfahren habe, die Politisierung der Fluthilfe durch westliche Geber das bereits lang vorhandene Misstrauen der Pakistaner gegenüber den Motiven ausländischer Hilfe nur verstärkt.

Seit den britischen Kolonialzeiten wurde die Hilfe für Pakistan als politisches Mittel benutzt, um Teile der Bevölkerung zu unterdrücken. Im April dieses Jahres wiederholte der damalige U.N. Sonderbeauftragte für die Pakistan-Hilfe, Jean-Maurice Ripert, diese Argumentationsweise: Als Antwort auf aktuelle Militäroperationen der Pakistaner in eigenen Stammesgebieten rief er dazu auf, das Land zu unterstützen, um "einige der unberechenbarsten Teile Pakistans zu befrieden".

Als die Schwere der Überflutungen deutlich wurde, sahen westliche Politiker ihre Chance und begannen, mehr Hilfe für das Land zu fordern, das als "Brutstätte" des Terrorismus gilt, um damit die Sicherheit in der eigenen Heimat zu erhöhen. Während eines Besuchs im August setzte sich Senator John Kerry, Vorsitzender des Komitees für Auslandsbeziehungen des U.S. Senats und Mittragsteller einer 7,5 Mrd.-Dollar-Hilfszusage, für die Unterstützung der Flutopfer ein, weil "es offensichtlich ein nationales Sicherheitsinteresse gibt. ... Wir wollen keine weiteren Gotteskrieger, Extremisten, die aus der Krise geboren sind."

Im Falle Pakistans scheint es als Rechtfertigung für einen Hilfseinsatz nicht auszureichen, dass Menschen durch eine massive Katastrophe alles verloren haben. Stattdessen muss die ausländische Hilfe damit verknüpft werden, die Straßen Europas oder der USA vor potenziellen Terroristen zu schützen. Dieser zynische Diskurs macht die Bedürftigen zu Spielbällen und erweckt den Eindruck, dass Hilfsorganisationen Teil einer umfassenden politischen Agenda seien. Wenn Hilfe für politische Ziele eingesetzt oder sie so wahrgenommen wird, kann sie nicht mehr als humanitär angesehen werden.

Und dabei geht es um mehr als nur Begrifflichkeiten. Meine Kollegen - die meisten von ihnen Pakistaner - versuchen in einem Umfeld Hilfe zu leisten, das politisch so stark aufgeladen ist, wie überhaupt denkbar. Um das Vertrauen aller Konfliktparteien zu gewinnen und so Zugang

zu der notleidenden Bevölkerung zu erhalten, müssen sie als ausschließlich humanitär verstanden werden - das heißt, als unparteiisch und nur am Bedarf orientiert, unabhängig von politischen oder anderen Einflüssen.

Bedauerlich, wenn auch nicht überraschend (und auch nicht neu), ist, dass Politiker die Hilfe für Katastrophen-Opfer "nützlich" finden, um "die Herzen und Köpfe" in einer strategisch wichtigen Region zu gewinnen. Doch humanitäre Hilfsorganisationen müssen dies kategorisch ablehnen.

Es ist die rechtmäßige Aufgabe der pakistanischen Armee und Regierung, alle notwendigen Mittel zu nutzen, um der Bevölkerung im Land zu helfen. Und nach Naturkatastrophen kann es für die Vereinten Nationen und für Hilfsorganisationen unvermeidbar sein, auf eine militärische Infrastruktur zurückzugreifen, um zu den Hilfsbedürftigen zu gelangen. In einer so angespannten Region wie Pakistan und angesichts der zunehmenden Militäraktionen im Nordwesten im vergangenen Jahr müssen die Helfer aber dennoch unabhängig bleiben. Wird derselbe Hubschrauber, der gestern bei einer Militäraktion zum Einsatz kam, heute für die Verteilung von Hilfsgütern genutzt, kann das die eigentlich neutrale Hilfe mit der einen Konfliktpartei in Verbindung bringen und sie so zur Zielscheibe für die andere machen.

Unglücklicherweise waren viele Organisationen, die sich als unparteiisch und unabhängig bezeichnen, während der Überflutungen nicht stark genug, um ihre Unabhängigkeit von Militär und Regierung aufrechtzuerhalten. Manche nutzten Militärflüge für Hilfslieferungen; viele akzeptierten bewaffnete Eskorten an Orten, wo Ärzte ohne Grenzen auch ohne sie arbeiten konnte; wieder andere unterwarfen sich der "Koordination" durch die Behörden bei der Entscheidung, wo die Hilfe verteilt werden sollte.

Als Ergebnis ist nun das hart erarbeitete Vertrauen in humanitäre Organisationen wie Ärzte ohne Grenzen, die versuchen, unparteiisch und unabhängig in den instabilsten Gegenden Pakistans zu arbeiten, möglicherweise in Gefahr. Dieser Vertrauensverlust könnte letztlich unsere Hilfe für die Menschen in einer der unberechenbarsten und vernachlässigsten Regionen der Welt gefährden.

Die Menschen, die ich in der vergangenen Woche in Camps in der von den Fluten verwüsteten Region Sindh gesehen habe, sind die Ärmsten der Armen. Sie besaßen schon vorher wenig und haben nun alles verloren. Ihre Kinder füllen nun unsere Behandlungszentren für mangelernährte Kinder. Sie verdienen es, Hilfe zu bekommen, ebenso wie diejenigen, die in den politisch angespannten nördlichen Regionen des Landes leiden.

Jegliche politische Rechtfertigung von Hilfe muss zurückgewiesen werden, denn sie negiert die Not derjenigen, die nicht als politisch "nützlich" angesehen werden. Und als humanitäre Helfer müssen wir alles tun, was in unserer Macht steht, um unabhängig von politischen und militärischen Agenden zu bleiben, um weiterhin diejenigen erreichen zu können, die unsere Hilfe am meisten benötigen: seien es nun "nützliche Opfer" oder nicht.

*Christopher Stokes ist Geschäftsführer der belgischen Sektion von Ärzte ohne Grenzen. Er hat bereits in zahlreichen Ländern für die Organisation gearbeitet, unter anderem als*

*Koordinator der Aktivitäten in Afghanistan, im Kosovo, Irak und im Libanon während des Konflikts zwischen der Hisbollah und Israel 2006.*

Dieser Artikel wurde im englischen Original im ForeignPolicy.com's AfPak Channel veröffentlicht.